

http://fshh.rschr.de/media/Norbert_Bolz_USGL-Wahlverdraengung_2026-09-09.mp3

http://fshh.rschr.de/media/Norbert_Bolz_USGL-Wahlverdraengung_2026-09-09.pdf

2026-09-09

USGL – Wahlverdrängung

Kommentar von Norbert Bolz

Es gibt Niederlagen, die so krachend sind, dass der Kommentar „Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen“ einfach nicht mehr funktioniert. Schon die Ampelregierung hatte so viele Pleiten und Pannen, dass man sich eine andere Antwort einfallen lassen musste. Sie lautete und lautet: Wir müssen unsere Politik besser kommunizieren. Eine krachende Niederlage von historischem Ausmaß gab es ja jetzt für die CDU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Sogar das Ausland hat darüber berichtet – das Brüsseler Ausland berichtete hysterisch-kritisch, das EU-kritische Ausland, vor allem die Amerikaner, eher schadenfroh. Wenn Politiker ankündigen, ihre Kommunikation verbessern zu wollen, dann deshalb, um ihre Politik nicht ändern zu müssen. Was so entsteht, ist Bullshit im Sinne des amerikanischen Philosophen Harry Frankfurt – nämlich ein Geschwätz, das prinzipiell kein Interesse an Wahrheit hat. Man braucht dann nur noch einen Sündenbock, dem man die Wahlniederlage anhängen kann. In diesem Fall ist es der Unionsfraktionsvize Sepp Müller, der nur das Offensichtliche gesagt hat, nämlich dass die AfD bei einem überwältigenden Wahlsieg einen Regierungsauftrag habe. Dafür hat ihn Bundeskanzler Merz scharf gerügt. Auch habe man keine Zeit für Personalfragen. Im Grunde gibt es jetzt ein Schweigegebot für die CDU bis zu den nächsten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Aber das ist natürlich nur eine Verdrängung des Problems. Und wir wissen von der Psychoanalyse, dass das Verdrängte immer wiederkehrt, und zwar in hässlicher Form. Diese Wiederkehr des Verdrängten ist eben der politische Bullshit. Das konnte man am Wahlabend wieder sehr gut beobachten. Dass die CDU-Spitzen in den Interviews nur Schwachsinn produzierten, hatte seinen Grund darin, dass ihr Denken durch einen Satz blockiert war, der ihnen auf der Zunge lag, doch den sie zu äußern nicht wagten – nämlich der Satz „Merz muss weg“.

Statt diesen Satz zu sagen, sollen die CDU-Parteisoldaten jetzt Geschichten erzählen, die die Bürger emotional mitnehmen und wie man so gerne sagt: „abholen“. Bei der Frage, wie man die tolle Regierungspolitik, die auf das Unverständnis des Volkes stößt, besser kommuniziert, ist die CDU offenbar auf einen Lieblingsbegriff der Intellektuellen gestoßen, nämlich Narrative, die an die Stelle von Visionen getreten sind. Zu Deutsch: Politik in Geschichten verpackt. Die CDU-Politiker werden uns in Zukunft also Geschichten erzählen. Aber man kann jetzt schon sehen, dass sie klingen wie die Musik auf der „Titanic“. Die erste Geschichte wurde schon am Katastrophenabend präsentiert, vor allem von Philipp Amthor, der gerade zum Staatsminister für die Bund-Länder-Beziehungen ernannt worden ist.

Die Geschichte lautet: „Stabilität oder Chaos“. Das ist die älteste Geschichte der Welt, der Urmythos von Chaos und Ordnung. Die Dämonisierung der AfD soll jetzt also eine mythische Dimension bekommen. Die Moral von der Geschichte lautet: Die AfD zerstört die zivilisatorische Ordnung und stürzt uns zurück ins alles verschlingende Chaos. Wobei das „Weiter so“ wohl das Geheimnis von Stabilität ist.

Die Stabilität unserer gesellschaftlichen Verhältnisse wird vom Volk leider nicht hinreichend gewürdigt – wie sonst könnte man die desaströsen Umfragewerte von Herrn Merz verstehen? Deshalb hat die Regierung längst eine therapeutische Haltung gegenüber den Bürgern entwickelt – sie müssen besser verstehen lernen. Entsprechend beschimpft man diejenigen Politiker als Populisten, die sich noch nicht völlig vom Volk emanzipiert haben. Und das wird eben durch die Reaktion auf die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt überdeutlich: Die Altparteien wollen eine Demokratie ohne Demos. Und Wahlen gefährden das, was die Altparteien „unsere Demokratie“ nennen. Folglich ist die Tatsache, dass die AfD jetzt Wahlen gewinnt, das ultimative Argument für ein Verbot der Partei. Solange das aber noch nicht durchgesetzt ist, setzt man auf die politisierte Justiz. So hat der Bundeskanzler gegen eine AfD-Regierung mit dem sogenannten Bundeszwang gedroht. Wenn Moralisierung und Emotionalisierung der Politik nicht genügen, um das Chaos zu besiegen, soll es die „Juridifizierung“ richten. Das ist mit „unsere Demokratie“ gemeint.